

lassen. Dann empfahl der Herr Generaldirektor seinen Leuten die Gründung eines Werkvereins, dessen Aufgabe es sein solle, künftig an die Stelle der Gewerkschaften zu treten und die wirtschaftlichen Interessen der Belegschaft (!) im Abschluß von Tarifverträgen mit der Geschäftsleitung, wie sie für das Geschäft erträglich sind, wahrzunehmen. Die noch aus 90 Leuten bestehende Gewerkschaft hatte Bedenken, ohne Mitwirkung der draußenstehenden, aussehenden Kollegen eine solche Einrichtung zu schaffen. Aber diese Bedenken zerstreute der Herr Generaldirektor. Sieben Personen genügten vollkommen zur Gründung des Werkvereins. So ging dann die Vereinsgründung vorstatten. Die Statuten wurden verlesen und genehmigt. Sie lagen in ausreichender Zahl bereits gedruckt vor. Von dem dürftigen Inhalt derselben sei nur erwähnt, daß der § 4 die Beitragsfreiheit der Mitglieder vorsieht. Daraufhin wurde der Buchbinder Falstin zum Vorsitzenden des Vereins gewählt. Die noch draußenstehenden Verbandsmitglieder, die es selbstverständlich ablehnten, dem neuen Werkverein beizutreten, werden vorläufig nicht eingestellt. So glaubt Herr Loewenthal den Widerstand der Verbandsmitglieder zu brechen, um auch sie noch dem von ihm gegründeten Verein zuzuführen.

Nicht ganz so leicht wie bei Loewenthal spielten sich die Dinge bei der Firma T. T. Heinze ab. Der Betrieb liefert nämlich noch einige Qualitätsarbeit und benötigt hierfür eine Anzahl qualitativ hochwertiger Facharbeiter. Diese haben die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses schon besser begriffen als die Schar der übrigen Mitarbeiter und sie bilden ein wesentliches Hindernis für ebenso schnelle Entschließungen der Geschäftsleitung. Herr Rudolf Heinze glaubte zunächst, sich mit einem Beschluß seiner Belegschaftsversammlung vom 7. Januar 1926, in dem der vom Betriebsrat abgeschlossene Haustarif als Sondertarif im Sinne der Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung erklärt wurde, abfinden zu können. Doch eingeholte Informationen an behördlichen Stellen und bei Juristen ließen Zweifel aufkommen, und so mußte denn auch er seinen Werkverein haben. Der Betriebsrat wurde ersucht, die Gründung desselben seinerseits in die Hand zu nehmen und die Vorstandsmänner in dem Werkverein gleichzeitig zu übernehmen. Das wurde abgelehnt. Nun suchte sich Herr Heinze unter der Belegschaft die willigen Leute. Die Vereinsgründung ging in einer Belegschaftsversammlung vorstatten. Die Versammlung fand ebenfalls während der Arbeitszeit statt. Unsere Mitglieder ließen Herrn Heinze sagen, daß, wenn sie an der Versammlung teilnehmen müßten, sie sich mit Worten als auch bei der Abstimmung gegen die Gründung wenden müßten. Sie würden es aber vorziehen, der Versammlung fernzubleiben. Das wurde ihnen dann auch gestattet. Nun merkte Herr Heinze, daß der Verein doch nicht stark genug war, um die Gefahren, die der Reichstatarif bringe, abzuwenden. Hatten doch nur 200 ihren Beitritt zum Werkverein vollzogen. Rund 300 Belegschaftsmitglieder standen also dem Werkverein fern. Nun mußte mit Druckmitteln nachgeholfen werden. Herr Heinze ließ sich erneut den Betriebsrat kommen und eröffnete ihm, daß er auf die Mitgliedschaft der Gewerkschaftsmitglieder im Werkverein nicht verzichten könne. Die organisierten Kollegen haben es jedoch abgelehnt, zur gelben Unternehmerrückgruppe überzugehen, und sie mußten nunmehr auch alles über sich ergehen lassen, was aus den Androhungen des Herrn Heinze für sie zu erwarten steht. Die seit Wochen angekündigte Betriebsstilllegung, die der Regierung bereits unter dem 5. Januar angezeigt worden war, wurde erneut akut. Die gelehrten Leute wurden zum 5. Februar gekündigt, einschließlich der Buchdrucker, die eine wöchentliche Kündigungsfrist hatten, im Gegensatz zur übrigen Belegschaft, die auf tägliche Kündigung arbeitet. Am gleichen Tage wurde der Betrieb geschlossen.

Am Vortage der Betriebsstilllegung bei der Firma T. T. Heinze hatte der Gewerbetar in Bries die Geschäftsleitung, den Arbeitgeberverband für Bries und Umgegend, den Buchbinder-Verband, den Betriebsrat der Firma T. T. Heinze und den Vorstand des Werkvereins zur Verhandlung über die Stilllegungsanzeige eingeladen. Nach der einschlägigen Verordnung sind die Behörden verpflichtet, die Ur-sachen für die Betriebsstilllegung zu ermitteln und, wenn nicht erkennbar, aufzuklären und

Rüstet zum Volksbegehren!

Zum ersten Male im Zeichen der republikanischen Reichsverfassung wird das deutsche Volk aufgerufen,

gegen Fürstenübermut und Fürstenhabsucht die Stimme zu erheben und durch das Volksbegehren und anschließenden Volkssentscheid die deutsche Republik vor den maßlosen Ansprüchen der Adelskaste zu schützen.

In den Novembertagen des Jahres 1918 legte der Volkszorn sämtliche Fürsten mit ihrem Anhang von der Witschläche. Niemand im deutschen Volke konnte damals glauben, daß die einflussreichen oder daheimgebliebenen Potentaten einstmals deutsche Gerichte für Vermögensauseinandersetzungen in Anspruch nehmen würden. Wenn später derartige Prozesse sich zu einem öffentlichen Skandal ausgewachsen haben, dann nur deshalb, weil das deutsche Volk, insbesondere die arbeitende Klasse, von Uneingekit und Zmietracht befallen, sich gegenseitig bekämpften, anstatt für die Befestigung der politischen Macht in einheitlicher Front sich einzusetzen. Durch den Streit innerhalb der Arbeiterklasse und die Formung der deutschen republikanischen Verfassung gewann die Reaktion zusehends an Boden, alle monarchistischen Kreise sammelten sich wieder, und mit ihnen reichten die ehemaligen Herrscher ihre Köpfe, um die sie wenige Monate zuvor gezittert hatten.

In den Parlamenten der Einzelländer fand sich keine genügende Mehrheit für eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten, ebensowenig im Reichstag für eine reichsgerichtliche Regelung. In der Mehrzahl der Fälle wurden später durch Vergleiche und Abfindungsgesetze die Ansprüche der Fürstenhäuser in der unterschiedlichsten Weise, je nach der politischen Zusammenfassung der Parlamente und Länderregierungen, geregelt. Der Anspruch der Fürsten auf das sogenannte Schatullgut wurde von vornherein als unbestreitbar erklärt und diesen damit erhebliche Vermögenswerte ausgeliefert. Darüber hinaus erhielten zwei Duzend Familien etwa 150 000 Hektar wertvollen Land- und Forstbesitz, dazu zahlreiche Schlösser, Grundstücke, Parks, Museen, sowie Kunstschätze und Millionen Mark in bar ausgeliefert.

Ueber die durch die Inflation entwerteten Abfindungssummen werden fast ausnahmslos Aufwertungsprozesse geführt. Wenn auch eine genaue Abschätzung der den Fürsten bereits ausgelieferten Vermögensobjekte im Augenblick nur teilweise möglich ist, dann ist doch unbestritten, daß die Fürsten mit Unterstützung der Rechtsparteien Werte zugeschanzt bekamen, die einige hundert Millionen betragen. Einem Teil dieser Parasiten an dem wunden Volkstörper genügt dieser Fischzug nicht, deshalb haben sie die deutsche Justiz für ihre weiteren maßlosen Ansprüche in Bewegung gesetzt. Etwa 100 Fürstenprozesse laufen zurzeit vor allen möglichen deutschen Gerichten. Gelingt es nicht, durch einen Volkssentscheid die

möglichst zu beheben. Herr Heinze hatte die Betriebsstilllegung und die Abfözung der Sperrfrist damit begründet, daß die bisherigen Schwierigkeiten, die die Geschäftsleitung bei der Aufrechterhaltung und Fortführung des Betriebes zu überwinden hatte, durch die von der Reichsarbeitsverwaltung für allgemein verbindlich erklärten Reichstarife für das deutsche Buchbindergewerbe bis zur Untragbarkeit vermehrt worden seien. In der Verhandlung vor dem Gewerbeaufsichtsamts, in der sich Herr Heinze durch den Syndikus Dr. Rüge vom Brieger Arbeitgeberverband und den Vorstand seines Werkvereins ver-

treten ließ, hat er durch beide übereinstimmend erklären lassen, daß der Zweck der Betriebsstilllegung die Umorganisation des Betriebes mit Einschränkung einzelner Abteilungen sei. Der Gewerbetar vertrat die Auffassung, daß die von Herrn Heinze im Schreiben an die Regierung vom 5. Januar 1926 angegebenen Gründe jetzt nicht mehr vorliegen. Durch die Entscheidung der Belegschaft vom 7. Januar 1926, nach der der Haustarif ein Sondervertrag sei und durch den nachträglich erfolgten Abschluß eines Tarifvertrages mit dem „Verein Betriebsbelegschaft T. T. Heinze“ in Bries, sei die Ge-

Justiz und die zahlreichen Juristen von dieser monarchistischen Nothilfe zu befreien, dann werden die fürstlichen Ansprüche auf Kosten des deutschen Volkes und des Ansehens der deutschen Republik auf jeden Fall für stlich aufgewertet werden, und zwar zur selben Zeit, in der große Teile des Volkes auf Jahre hinaus unter den Folgen dieser einstmals so herrlichen Fürstenpolitik in Not und Elend ihr Dasein fristen. Während Millionen durch Krieg und Inflation ihre letzte Habe verloren und nunmehr auf die öffentliche Wohltätigkeit angewiesen sind, wo

Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter mit ihren Familien Hunger leiden, da sollen allein den Hohenzollern Hunderttausende Hektar Land und Forstbesitz, 80 Schlösser, 92 Rußgrundstücke, ferner Kunstwerke, Theater usw. sowie 30 Millionen Mark in bar ausgeliefert werden. Die „Rot in Doorn“ ist anscheinend kaum zu ertragen, denn der dortige Hohenzollernbesitz mit 280 Morgen umfassendem Garten und Park und einer Villa im Preise von 1 350 000 Gulden nebst Betriebskapital in Höhe von etwa 50 Millionen Mark reichen für die Befriedigung der „standesgemäßen Bedürfnisse der Krone“ nicht aus. Die Unerfälllichkeit und Geldgier der Hohenzollern ist derart brutal, daß selbst die übrigen Fürstenkollegen in Deutschland Anstoß daran nehmen.

Das deutsche Volk muß deshalb jetzt entscheiden, ob eine derartige

Abfindungshande in der deutschen Republik möglich sein soll. Die Auslieferung deutscher Milliardenwerte an zwei Duzend Fürstenfamilien, die fortlaufende Subventionierung der Mätressen ist nicht allein eine Angelegenheit einzelner politischer Parteien, sondern der gesamten republikanisch gesinnten Bevölkerung. Alle Republikaner haben die Pflicht, die Republik vor diesem Generalangriff der Ueberflüssiggewordenen und Monarchisten zu schützen. Ist auch die Durchführung des Abwehrkampfes eine rein politische Angelegenheit, so sind die Gewerkschaften doch fest entschlossen, diesen Kampf mit den ihnen zur Verfügung stehenden Kräften abzuschlagen und sie vor moralischen und materiellen Verlusten zu schützen.

Das Volksbegehren muß zu einem millionenfachen Protest gegen den

Tanz der Fürsten um das goldene Kalb gesteigert werden. Die Weimarer Verfassung gibt uns die Möglichkeit, durch Volksbegehren und Volkssentscheid dem Fürsten willen den Volkswillen entgegenzusetzen. Die Gewerkschaftsmitglieder werden ihre Pflicht als Arbeiter und Republikaner erfüllen und entsprechend dem Beschluß des Bundesausschusses vom 8. Februar alle Kraft einsetzen, um schon beim Volksbegehren den überwältigenden Sieg herbeizuführen

gegen Fürstenhabsucht, für das Volkswohl, für entschädigungslose Fürstenteilung.

treten ließ, hat er durch beide übereinstimmend erklären lassen, daß der Zweck der Betriebsstilllegung die Umorganisation des Betriebes mit Einschränkung einzelner Abteilungen sei. Der Gewerbetar vertrat die Auffassung, daß die von Herrn Heinze im Schreiben an die Regierung vom 5. Januar 1926 angegebenen Gründe jetzt nicht mehr vorliegen. Durch die Entscheidung der Belegschaft vom 7. Januar 1926, nach der der Haustarif ein Sondervertrag sei und durch den nachträglich erfolgten Abschluß eines Tarifvertrages mit dem „Verein Betriebsbelegschaft T. T. Heinze“ in Bries, sei die Ge-

Der Bundesausschuß des ADGB.

In seiner Sitzung vom 8. Februar beschloß sich der Ausschuß des ADGB in eingehender Beratung mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft und weit über diese Kreise hinaus im ganzen Volke leidenschaftliche, tief berechtigte Empörung hervorgerufen. Die Forderungen stehen überdies im krassen Mißverhältnis gerade zu der jetzigen Notlage, in die viele Kreise des Volkes, vor allem die Arbeiterschaft, durch die Wirtschaftskrisis gestürzt worden sind. Die allgemeine Not hätte auch die Fürsten zu einer freiwilligen Begrenzung ihrer Forderungen aus vaterländischen Gründen bestimmen müssen. Tatsächlich sind sie zu keinerlei Opfer, auch nicht dem geringsten Verzicht, bereit gewesen. Die Volksbewegung für die entschädigungslose Enteignung ist die Antwort auf diese ebenso selbstsüchtige wie beschämende Haltung der einstigen Beherrscher des deutschen Volkes. Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind, sich in den Grenzen, die die wirtschaftliche Notlage und die aus ihr sich unmittelbar ergebenden sozialen Verpflichtungen den Verbänden ziehen,

sich für das Volksbegehren und den Volksentscheid nachdrücklich einzusetzen.

Der Ausschuß gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch der Aktion zu durchsichtigen Parteimanövern, wie er von der Kommunistischen Partei beobachtet wird, auf das schärfste bestraft werden wird. Der Bundesausschuß präziserte die Stellungnahme der Gewerkschaften in folgender Entschliebung:

Der Bundesausschuß billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes zwischen den Arbeiterparteien zur Herbeiführung eines einheitlichen Gesetzentwurfs für eine Volksabstimmung über die

entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Der Ausschuß erkennt an, daß es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handelt, deren Führung den politischen Parteien obliegt. Der Ausschuß fordert aber alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder auf, alle Kräfte mit einzusetzen, um das Volksbegehren und gegebenenfalls den Volksentscheid zu einem eindrucksvollen Erfolg zu verhelfen. Für die Aufbringung der erforderlichen Mittel empfiehlt der Bundesausschuß den Parteien die Einleitung von Sammlungen, an denen sich zu beteiligen der Ausschuß allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht macht.

Im weiteren Verlauf der Tagung stimmte der Ausschuß ohne Debatte den bisherigen Vereinbarungen über die Beteiligung der Gewerkschaften an der Düsseldorfer Ausstellung (Geleit) zu.

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu. Für die Gewerkschaften liegen hier eine Reihe brennender Fragen, in deren Vordergrund die Milderung der Arbeitslosigkeit, d. h. die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, steht. Ueber diese Fragen haben mit den Regierungsstellen, mit der Hauptverwaltung der Reichseisenbahn, dem Reichsverband der deutschen Industrie und mit Vertretern des Unternehmertums des Bergbaues Besprechungen stattgefunden.

Anläßlich dieser Besprechungen ist in der „Frankfurter Zeitung“ und daraufhin in einem Teil der Presse die Behauptung aufgestellt worden, es handle sich hierbei um die Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft. Diese Behauptung entbehrt jeglicher Grundlage. Mit keinem Wort ist in den Besprechungen von der Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft die Rede gewesen. Die Gewerkschaften werden, unbekümmert um diese falschen Gerüchte, soweit das Interesse der Arbeiterschaft es erfordert, ihre Bemühungen auf diesem Gebiete fortsetzen.

Schwarzarbeiter.

Wenn man jetzt die Stellenangebote und -gesuche liest, dann kommt man unwillkürlich zu der Ansicht, daß manche Buchbindergehilfen von der „schwarzen Kunst“ mehr verstehen wollen, als von der „Apostelkopierei“. Wohl nie handelt es sich dabei um Verbandsmitglieder, sondern um Berufsgenossen, die da glauben, sich nicht „einseitig“ ausbilden zu sollen. Wie oft kann man lesen: „Buchbindergehilfe gesucht, der im Satz und Druck nur Gutes leistet.“ Wenn schon ein Arbeitgeber Drucksachen liefern will, dann soll er nur ruhig einen „Schwager“ einstellen, denn wir haben es nicht nötig, in unserem gewiß vielseitigen Berufe noch eine weitere Spezialarbeit aufzunehmen. Bei Stellen-ge suchen ist es nicht anders. Der Arbeitstuchende preist seine Kenntnisse im Buchdruck an, er ist in der Lage, mit „Mustern“ zu dienen und kann in den seltensten Fällen kaum den Nachweis bringen, daß die Muster, die bald seinen ganzen Reisetkoffer füllen, auch seine Erzeugnisse sind.

Wir wollen unsere Kunst sauber halten, wir dürfen auch nicht dulden, daß sich gelernter Buchdrucker an unsere Arbeiten herannähern. Wenn man erst nach der Lehrzeit erkannt hat, daß man zu diesem oder jenem Gewerbe nicht Talent hat, dann soll man eben nochmal eine Lehrzeit in dem anderen Fach durchmachen. Aber diese soll nicht drei Wochen, sondern auch drei Jahre betragen. Der Tischler würde es auch nicht dulden, wenn sich ein Schuhmacher in sein Fach hineinmengt, lediglich weil dieser auch gerade mit Leisten zu tun hat. Es muß Aufgabe der graphischen Kartelle, soweit solche bestehen, sein, dafür Sorge zu tragen, daß es im Buchgewerbe

keine „Gelegenheitsarbeiter“ gibt. Es sind aber wahre Gelegenheitsarbeiter, die da glauben, wenn sie nicht in dem Fach, das sie erlernt haben, Gutes leisten, dann werden sie es in dem ungelerten aber bestimmt. Was ist wohl die Folge davon? Der Kunde, der doch auch einmal Abnung von guter Arbeit hat, schimpft auf den „Pfusch“, der geliefert worden ist. Der Arbeitgeber läuft mit dem Bauch voll Zorn vom verantwortlichen Fachmann, der doch aber kein Fachmann ist, da er Arbeit verrichtet hat, die ihm nichts angeht. Würden die Bücher vom Buchbinder und die Drucksachen vom Buchdrucker hergestellt, wären sie natürlich auch dementsprechend ausgefallen. Darum, Kollegen, lehnt diese Schwarzarbeit ab, wir sind nicht „Mädchen für alles“, wir wollen erst unseren Beruf gründlich erlernen, und wenn wir dies haben, dann wollen wir die Hände ausruhen lassen und einen zufriedenen Lebensabend verbringen. Denn wenn wir erst „ausgelernt“ haben, dann sind wir — alt geworden. Größ, Kottbus.

Die Schuld der Meister.

Mit Interesse hat wohl jeder Berufsangehörige die verschiedenen Artikel im „MfB“ über „Etwas vom Falzen“ verfolgt. In das Auge springend ist dort die Stellungnahme gegenüber den Buchdruckern. Die Herren Meister geben sich alle Mühe, den Buchdruckern zu sagen, daß sie verpflichtet sind, unseren handwerklichen Eigenarten in ihrem Arbeitsprozeß Rechnung zu tragen und beim Druck Rücksicht zu nehmen auf die Weiterverarbeitung durch den Buchbinder. Die Artikelschreiber verlangen von allen Meistern eine Mitarbeit zur Beseitigung der auf diesem Gebiet liegenden Uebelstände.

Als Vertreter der Hilfsenschaft können wir den Herren Meistern an Hand gehen, und zwar mit Ratschlägen, die einen bestimmten Erfolg in sich bergen, sobald sie auch nur zum Teil beachtet werden. Daß die Hilfsenschaft in den Druckereien sich alle Mühe gibt, um bei den Buchdruckern eine handwerkliche Beachtung zu finden, muß nicht besonders den Lesern der „B.-Z.“ gesagt werden, aber notwendig ist es zu sagen, daß die Herren Meister zum größten Teil selbst dazu beitragen, daß das Ansehen des Buchbinders in der Druckerei ohne Bedeutung bleibt. Mit wenig Ausnahme blafen die Herren Meister mit den Druckereibesitzern in das gleiche Horn, wenn der Druckereibuchbinder aus Rücksicht auf die Entlohnung zum Hilfsarbeiter gestempelt werden soll, denn dann soll er, handwerklich gesehen, keine Bedeutung haben. Hierbei vergessen die Herren Meister, daß in den Betrieben, die mit den Druckereien in Verbindung stehen, zum allergrößten Teile höchstens die gleiche handwerkliche Tätigkeit verlangt, wie eine Druckerei von ihrem Hausbuchbinder.

Hier liegt der Stein der Weisen. Bestätigen die Herren Meister dem Buchdruckereibesitzer, daß der Druckereibuchbinder Hilfsarbeiter ist, dann steht doch für den Buchdruckereibesitzer fest, daß der selbständige Buchbinder, der für den Drucker die gleichen Arbeiten verrichtet, wie sein Druckerei- oder Hausbuchbinder, doch auch nur Hilfsarbeiter sein kann, also dessen Reklamationen und Ratschläge entsprechend beachtet werden.

Also, ihr Herren Meister vom scharfen Ton, wollt ihr ernst genommen sein, dann müßt ihr uns unterstützen, denn wir sagen, daß ein tüchtiger Druckereibuchbinder vorher ein tüchtiger handwerklicher Buchbinder sein muß, von dem ein ganzes handwerkliches Können gefordert wird. Damit vertreten wir aufs Beste zugleich auch das gesamte Handwerk.

Aber die Herren Buchbindermeister sagen durch ihre Lohnpolitik sehr ungewis, daß der Buchbinder an und für sich der minderwertigste Handwerker innerhalb der graphischen Berufe ist. Sie bieten ihm ja die geringste Entlohnung von allen graphischen Arbeitern. Ist es wirklich ernst gemeint mit einer Einschränkung auf den Drucker, dann ist es notwendig, unserem Handwerk wieder Achtung zu verschaffen. Für jeden Berufsangehörigen steht fest, daß vom Buchbinder das gleiche Können verlangt wird wie vom Buchdrucker. Dann sollte es auch eine Selbstverständlichkeit für unsere Herren Meister sein, das auch in der Entlohnung zum Ausdruck zu bringen. Nachdem aber ihr Verhalten in dieser Frage

fahr, daß dem Betriebe aus der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Reichsarbeitsverwaltung vom 21. Dezember 1925 ersichtliche Schwierigkeiten erwachsen könnten, als abgemeldet anzusehen, denn die Firma gehört ja nun zu den Betrieben im Sinne jener Ausnahmebestimmung in der Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung. Neue durchschlagende Gründe zur Entlassung sämtlicher Arbeiter seien auf dem Termin nicht vorgebracht worden. Unter diesen Umständen verfuhr der Gewerberat dem Herrn Regierungspräsidenten nicht zu empfehlen, die geplanten Maßnahmen des Herrn Heinze für eine Stilllegung anzuerkennen. Sie stelle vielmehr nur eine Massenentlassung dar. Der Unterschied dieser beiden Begriffe besteht darin, daß bei einer Stilllegung eine planmäßige Einstellung des gesamten Produktionsvorganges und aller damit zusammenhängenden Handlungen vorliegen muß durch das Aufgeben von Schritten zur Erlangung von Bestellungen, der Vorbereitung von neuen Produktionsaufgaben, der Anschaffung von Rohstoffen und Entlassung von Angestellten, sowohl der technischen als auch der kaufmännischen. Eine solche Stilllegung, wie sie Herr Heinze vornimmt, ist also nur eine Massenentlassung, nur eine Scheinstilllegung, die die Rechte der Arbeiterschaft aus dem Betriebsrätegesetz nicht berührt. In diesem Zusammenhange interessiert uns weniger die Ansicht des Gewerberats über die Vertragsfreiheit der Wertvereine, der ja an maßgebenderen Stellen widersprochen wird. Doch ersichtlich ist, daß der Beamte die Maßnahmen der Firma Heinze als Scheinmanöver, nur zu einem bestimmten Zwecke ausgeführt, erkannt hat.

den zu den beiden Alten, um mit ihnen über Holger zu plaudern und über die Zeit, da sie noch so glücklich miteinander waren.

Ein tiefer Seufzer entringt sich Holgers Brust. Es überkommt ihn eine Ahnung, als ob ihm noch Entschliches bevorstehe. Die ungewohnte Gesprächigkeit der beiden Alten fällt ihm auf. Ihn lassen sie kaum zu Worte kommen. Viel haben sie zu erzählen, von allem möglichem; nur der Name Inge scheint für sie ausgelöscht. Endlich rafft er sich auf und fragt mit bangem Herzen: „Und Inge, wo ist Inge geblieben?“

Da zieht ihn der alte Helmers zu sich und spricht vom Herzleid und von dem Weg, den wir alle einmal gehen müssen. Er aber hat genug gehört. Aufstöhnend schlägt er die Hände vors Gesicht. „Tot!“ Es klingt wie der Aufschrei einer zu Tode gemarterten Seele. Tot, durch seine Schuld; erst der Freund, dann sie, die sein alles, seine Welt war. Ein heftiges Schluchzen erschüttert seinen Körper.

Die beiden Alten kämpfen noch schwer mit sich, ob sie ihm nicht doch die Wahrheit sagen sollen, trotz der dringenden Bitten Inges; da erhebt er sich, nimmt seine Mütze und wendet sich zur Tür. Eine unheimliche Ruhe ist über ihn gekommen.

Beforgt blickt ihn der alte Helmers an, dann tritt er auf ihn zu und klopf ihm auf die Schulter. „Holger, mein lieber Junge,“ sagt er warm, „Kopf hoch!“ Wie schwer du auch gefehlt haben magst, du hast gefühlt, bleibe bei uns!“

Doch Holger schüttelte traurig den Kopf. „Habt Dank, Vater Helmers, ich kann nicht hierbleiben. Hier würde mich alles täglich, stündlich an die Vergangenheit erinnern. Es geht wirklich nicht. Mich zieht's mit Allgewalt wieder zur See, und dort auf dem Meer, in seiner Unendlichkeit, dem ich in glücklichen Tagen oft mein übervolles Herz in Liebern ausströmte, dort hoffe ich auch den ersehnten Frieden zu finden!“

Tief bewegt drückte ihn der Alte an seine Brust. „So gehe, mein Junge, doch vergiß nicht, daß deine Heimat hier ist, und daß auch wir beiden Alten uns nach dir sehnen werden.“

Mutter Helmers drückte ihm wortlos die Hand. Inges' todtrauriges Antlitz tauchte vor ihr auf und wieder hörte sie Inge sagen: „Glaubt mir, Mutter Helmers, es ist am besten so, wenn ich für ihn tot bin!“

Als Holger auf die Straße tritt, treibt ihm ein eifriger Wind den Schnee ins Gesicht, doch er achtet nicht darauf. Planlos läuft er in den Straßen umher, tief gebeugt von seinem graufam zerstörten Hoffen, und so entgeht es ihm auch, daß er bald die Stadt hinter sich hat. Erst ein vom Friedhof heimkehrender Leichenzug gibt seinen Gedanken eine andere Richtung. — Nach dem Friedhof, zu Jens' und Inges Grab, durchfährt ihn ein Gedanke, und er schlägt den Weg nach dem Wald ein, hinter dem der Friedhof liegt.

Das Schneetreiben ist stärker geworden. In tollem Tanz umspielen ihn die Flocken, doch ruhelos geht er weiter. Bald umfängt ihn tiefe Waldesstille. Noch einmal überstrahlt die Sonne die Kronen mit glutrottem Glanz, dann taucht sie unter und graue Dämmerung huscht gespenstig von Baum zu Baum.

Holger sieht nichts von alledem, seine Seele, seine Gedanken weilen in der Vergangenheit. Schwer legt sich ihm der Schnee auf die Kleidung, aufs Gesicht, auf die Augen, die er nur mit Mühe offenhalten kann, denn sein Körper ist den Anstrengungen des heutigen Tages, zu denen noch die furchtbare seelische Erschütterung kommt, kaum gewachsen. Oft sinkt er bis weit über die Knöchel in den Schnee ein. Immer beschwerlicher wird es ihm, vorwärts zu kommen.

Gern hätte er sich einmal unter einem schützenden Busch ausgeruht, aber er will ja zu den Gräbern.

Wichtig bleibt er stehen, er hat den Weg verloren; der ist zugeweht.

Gespannt horcht er auf einen Laut, doch nichts unterbricht die Stille als ein fallender, dürrer Zweig, dem die Schneeflast zu schwer wurde. Fieberhaft hämmern seine Pulse.

Da, dringt nicht durch die Stille Schlittengeläut? Hastig wendet er sich nach links und eilt eine Strecke weit in den Wald. Bald ist es ihm wieder, als komme der Klang von der anderen Seite, und wieder ändert er die Richtung.

So führen ihn seine verstörten Sinne hin und her, bald vorwärts, bald rückwärts, und er kommt

schließlich wieder an die Stelle, wo er die Spur verloren hat. Den Rückweg findet er nicht mehr, auch dort ist die Spur verwischt.

Verzweifelt starrt er eine Zeilang vor sich hin, rafft sich jedoch wieder auf und eilt wieder vorwärts, immer weiter in den Wald.

Da gleitet er plötzlich aus und fällt, mit dem Kopf leicht einen Baum streifend, in den tiefen, weichen Schnee. Erschrocken will er sich wieder erheben, doch ein wohliges Gefühl lähmt seine Glieder, und aufs äußerste erschöpft bleibt er liegen. Dichter und dichter fallen große, weiche Flocken auf ihn und hüllen ihn sanft ein.

Seine Seele hat nun den ersehnten Frieden gefunden und der gütige Himmel webt ihm sein Leichentuch. —

Film, Radio und Gewerkschaften.

Der Film ist in den letzten Jahrzehnten eine Macht geworden, durch die sich wesentliche Teile des Volkes auf ganz angenehme Art beeinflussen lassen. Besonders sind es große Arbeitermassen, die diesem Einfluß unterliegen. Dabei macht jeder täglich die Erfahrung, daß dieser Einfluß nicht ausgeübt wird, um demokratische, freundschaftliche oder gar sozialistische Ideen zu propagieren. Im Gegenteil: Man wie vor wird der alte Klassenstaat, die Monarchie, der Militarismus verherrlicht, alles Dinge, die das deutsche Volk in so unsägliches Elend gestürzt haben. Starke Widerstände aber sind zu überwinden, wenn es einmal gilt, einen Film mit wirklich proletarischen Tendenzen und Empfindungen „ablaufen“ zu lassen. Tatsache ist: Beim Film regiert unumschränkt das Privatekapital. Und der Kapitalismus verbreitet natürlich auch durch den Film nur solche Ideen, die ihm dienlich sind.

Wie sieht es nun beim Radio aus? Auch hier stehen wir erst am Anfang einer großen Entwicklung. Die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Massen der Zuhörer sind hier noch unvergleichlich größer als beim Film. Müßen wir hier nicht aus der Vergangenheit lernen? Vor kurzem hat die WfM in Berlin Gelegenheit genommen, sich des Radios zu bedienen. In den letzten Wochen sprach auf dem Dortmund Sender Dr. Heinrich Meyer, Bezirkssekretär des ADGB für Rheinland-Westfalen über die Gewerkschaften. Kurz vorher der Redakteur an der „Bergarbeiter-Zeitung“ Garbe. Auch in Berlin wurde einmal eine Zwanzig-Minuten-Rede eines Gewerkschafters gehört. Aber das sind noch Ausnahmen. Wenn man bedenkt, daß als Hörer auch hier in der Hauptsache der Lohn- und Gehaltsempfänger in Frage kommt, dann hat doch er als Gestalter des gesamten Programms gar keinen Einfluß auf die Dinge.

Auf der geschäftlichen Seite sehen wir, daß z. B. das Aktienkapital der westdeutschen Sendegesellschaft sich zu 51 Proz. im Besitz der Handelskammer befindet. Diese Stellen werden natürlich Geist, Inhalt und Seele des Programms möglichst ihren Interessen dienlich zu machen suchen. Da muß die Arbeiterschaft auch ein Wortlein mitreden.

Im Zeitalter der Organisation bleibt der einzelne mit seinen Wünschen und Bestrebungen unbeachtet. Nur eine einheitlich zusammengeschlossene Macht vermag sich Anerkennung und Gehör zu verschaffen. Darum müssen sich auch die Radioamateure in den einzelnen Orten zusammenschließen, wie dies schon vielfach geschehen ist. Den geringen Beitrag spart man schon durch die Aufklärung, die man bei den Zusammenkünften bekommt. Manche Ausgabe für unnütze Postarbeit bleibt erspart. Doch ist das nicht die Hauptsache. Ungleich wichtiger ist, daß die Arbeiterschaft Einfluß auf die Gestaltung des ganzen Radiowesens ausüben kann, daß nicht, wie beim „Kintopp“, erst lange Jahre das Volk den verderblichsten Tendenzen hemmungslos preisgegeben wird, sondern die Möglichkeit geschaffen wird, an den Sendern ein Programm entwickeln zu lassen, das auch unserer Anschauungen entspricht.

Einer ganz besonderen Kontrolle bedürfen die gewerkschaftlichen Probleme, soweit sie durch die Sender verbreitet werden. Auch hier müssen mit Autorität ausgestattete Zentralstellen vorhanden sein, die diese Aufgaben erledigen. Es geht nicht an, daß sich schließlich jeder x-beliebige als Gewerkschaftler ausgibt und durch die Sender Bauernjüngerei betreibt.

Heiratszwang bei den alten Zünften.

Das Erlangen des Meisterrechts im Handwerk und das Gründen eines eigenen Haushalts ging im 17. und 18. Jahrhundert Hand in Hand; das eine war ohne das andere nicht möglich. Für den Meisterkandidaten war es dabei von der größten Wichtigkeit, ob er eines Meisters Tochterlein, eine Meisterwitwe oder eine Fremde zu ehelichen gedachte. Im letzteren Falle wurde ihm seine Niederlassung aufs äußerste erschwert. Dagegen brachte die Heirat mit der Tochter oder der Witwe eines demselben Gewerbe angehörnden Meisters dem jungen Gewerbetreibenden manche Vergünstigungen.

Ueber die Beachtung des Brauchs, den abgehenden Meister vor oder nach der Anfertigung des Meisterstücks zur Verheiratung zu verpflichten, wachten die Zünfter sehr scharf. In manchen Ländern und reichsfreien Städten erhielt dieser Heiratszwang durch Aufnahme in die von den Obrigkeiten bestätigten Zunftstatuten gesetzliche Sanktionen. Bei einigen Gewerben z. B. wurde der Jungmeister gezwungen, sich binnen Jahresfrist bei 10 Gulden Strafe zu verheiraten. Andere Zünfte hatten die Einrichtung getroffen, daß der unverheiratete Meister alljährlich eine Junggesellensteuer in Form des sogenannten „Bromelbiers“ zur Strafe seiner Ehelosigkeit“ erlegen und, während die Kollegen sich in der Zunftversammlung an dem Freigetränk gütlich taten, die Gründe angeben mußte, warum er sich zurzeit noch nicht verheiraten könne oder wolle. Die Maurerzunft in Kirchheim an der Lauter erlaubte im Jahre 1726 nur deshalb einem Meister den selbständigen Betrieb seines Gewerbes als Junggeselle, weil er „einen gar elenden (ranken) Vater“ hatte. Sehr ernst nahm man es auch in Jittau mit dem Heiratszwange. Nach den Innungsstatuten der dortigen Böttcher mußte jeder Geselle, bevor er das Meisterstück begann, sich mit einer Jungfrau oder Witwe verloben.

Noch weiter ging man in Rostock, der ehemaligen mecklenburgischen Hansestadt am Barnowstrande. Dort konnte im 17. Jahrhundert der fremde Buchbindergeselle nur durch die Heirat mit der Tochter oder der Witwe eines Buchbindermeisters seine Niederlassung ermöglichen. Ein wie großes Gewicht die Meister unsere Gewerbes in jener Zeit darauf legten, ihre heiratsfähigen Töchter und die Witwen verstorbener Amtsbrüder unter die Haube zu bringen, geht aus folgendem Falle hervor. Ein junger Buchbindergeselle, der von auswärts nach Rostock gekommen war und dort gern Meister werden wollte, hatte sich auf der Brautschau vergeblich nach einer Meistertochter, an der er Gefallen hätte finden können, umgesehen und schrieb dem Amte der Rostocker Buchbinder, daß „er kein solches Subjekt gefunden habe, in welcher er seine zeitliche Glückseligkeit zu bauen absehen könne“. Trotdem ist er später Meister geworden, ob mit oder ohne Meisterstochter oder -witwe geht freilich aus den noch vorhandenen Akten des Buchbinderamtes, die auch jenes charakteristische Schreiben enthalten, nicht hervor. Wahrscheinlich hat der Rostocker Rat den strebsamen jungen Mann zum Freimeister, der außerhalb des Amtes stand, ernannt.

Erwähnt sei schließlich noch, daß in Württemberg die Zunftordnungen der Tuchmacher, Saitler und Weber die Ausübung des selbständigen Gewerbebetriebes im ledigen Stande ausdrücklich verboten.

Der Trunksuchtmittelschwindel.

Die Anpreisung und der Vertrieb von Mitteln, die gegen Trunksucht helfen sollen, ist erneut in starker Zunahme, obwohl diese Erzeugnisse allgemein auf die Geheimmittelliste gesetzt sind, ihre Unföndigung und Anpreisung also bei Strafe verboten ist. Dieses Verbot entspricht nur der durch die wissenschaftliche Forschung wie durch die langjährige praktische Erfahrung in der Trinterfirforge gewonnenen Erkenntnis, daß keine arzneiliche Präparat Heilung von der Trunksucht bringen kann, möge es auch noch so laut und marktschreierisch angepriesen werden, sondern einzig und allein der Entschluß und die Zuföhrung des Alkoholkranken (beim Trunksucht ist ebenjofehr, oft mehr Krankheit als Lafter) zu dauernder Enthaltfamkeit von allen geistigen Getrönten. Diese wird am sichersten durch den Anschluß an einen Enthaltfamkeitsverein erreicht und aufrechterhalten. In manchen Fällen ist eine längere Heilbehandlung in einer Trinterheilstätte unumgönglich.

Rationalisierung und Lohnhöhe.

Die Rationalisierung soll das Mittel sein, die Produktion zu verbilligen und damit die Kaufkraft der Bevölkerung auf dem Wege der Preisverbilligung zu heben. Das es aber auch Unternehmer gibt, die den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, lehrt folgendes Zitat aus der „Arbeitslosen-Zeitung“ der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Dort schreibt ein Unternehmer der verarbeitenden Industrie u. a.:

„Will man die Arbeitslosigkeit bekämpfen, so muß man die Zwangswirtschaft im Lohnwesen restlos beseitigen. . . Der vielfach mit Rationalisierung bezeichnete Prozeß der Stilllegung, Außerbetriebsetzung und Zerstörung von Betrieben hat in Wirklichkeit nichts mit Rationalisierung zu tun. . . Ein großer Teil dieser sogenannten Rationalisierungsmaßnahmen wäre nicht erforderlich, wenn die Wirtschaft bei freier Lohnbasis, bei angemessenen sozialen Abgaben, Steuern und Frachttarifen arbeiten könnte. Es ist ein Übel, auf der einen Seite dauernd Betriebseinrichtungen zu treffen, die die Festlegung großer Kapitalien, deren Verzinsung und Amortisation erfordern, bloß um den Lohnanteil an der Warenherzeugung herunterzudrücken, während auf der anderen Seite Tausende Arbeiter brotlos werden, weil die Wirtschaft die geforderten Löhne nicht bezahlen kann, einen etwas niedrigeren Lohnsatz aber wahrscheinlich iragen könnte.“

Dieser Industrieleite der fertigverarbeitenden Industrie kalkuliert ganz einfach folgendermaßen: Die Rationalisierung setzt Arbeitskräfte frei und vermindert dadurch das Lohnkonto. So erfreulich letzteres ist, so geht es doch noch viel einfachere Wege, um zu diesem Ziele zu kommen. Diese liegen in einer generellen Lohnermäßigung. Dann würde das Lohnkonto ebenfalls ermäßigt und man hätte nicht notwendig, auch noch kostspielige Anlagen zur Durchführung der Rationalisierung anzuschaffen. Es wird notwendig sein, den deutschen Unternehmern klar zu machen, daß uns eine Rationalisierung gestohlen bleiben kann, die nicht eine Erhöhung, sondern eine Herabsetzung der Lebenslage der großen Masse zum Ziele hat.

Kursus für künstlerischen Bucheinband

an der Städtischen Kunstgewerbeschule, Berlin-Charlottenburg.

Uns wird geschrieben: Am 30. März schließt der am 1. Oktober begonnene 43. Semesterkursus. Er war wiederum vollbesetzt und wurde von 14 Schülern im Alter von 18 bis 38 Jahren besucht. Diese stammen aus Königsberg i. Pr., St. Gallen (Schweiz), Mannheim, Apia (Samoa), Posen, Braunsberg (Ostpreußen), Schwerin, Knittlingen (Württemberg) und Berlin (6). Drei Schüler (2 Schülerinnen) legen ihre Meisterprüfung vor der Handwerkskammer Berlin ab.

Zum Kursusbesuch werden nur gelernte Fachleute aufgenommen; zugelassen werden auch solche Lehrlinge, die bereits zwei Jahre gelernt haben. Diese machen ihre Gesellenprüfung vor der Prüfungskommission der Innung; Gehilfen dürfen ihre Meisterprüfung ablegen.

Außer dem Unterricht im kunstgewerblichen Buchbinden verschiedener Art und in allen buchbinderischen Verzierungstechniken sind noch folgende Kurse eingerichtet: Buchdruck und Schriftsetzen (Fachlehrer Hölzner, Leiter Prof. Schäfer), Schriftschreiben (Gröppler-Muck), Gestaltungslehre, Entwerfen, Stillehre (Prof. Nechanovsky und Maler Drlowsky).

Der nächste Kursus beginnt am 6. April und endet am 30. Juli. Der Winterkursus beginnt am 1. Oktober 1926 und endet am 30. März 1927. Anmeldungen hierzu sind bis spätestens 15. Juli d. J. einzureichen.

Nähere Auskunft erteilt das Sekretariat der Kunstgewerbeschule Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 166/67, und der Leiter der Klasse, Herr Paul Kersten, 2. Etage, Raum 36 (ebenda).

Berichte.

Burgstädt. Am 7. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die „leidlich“ besucht war. Die größten Schmerzenskinder unserer Zunftstelle, die Kartonnagenarbeiter, hielten es wiederum für angebracht, restlos fernzubleiben. In seinem kurzgefaßten Jahres-

bericht geißelte unser Vorsitzender Mäuser die Interessenlosigkeit dieser Kollegen und Kolleginnen. Gerade diese Gruppe hat alle Veranlassung, sich mehr um die Verbandsangelegenheiten zu kümmern und sich dort einzufinden, wo sie hingehören. Den Kassenbericht erstattete Junke. Den Einnahmen der Hauptkasse von 681,44 M. steht eine Ausgabe von 590,40 M. gegenüber. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 391,50 M. Bei der hierauf folgenden Neuwahl der Ortsverwaltung wurde als Vorsitzender Mäuser, als Kassierer Junke und als Schriftführer Pippmann wiedergewählt. 2. Vorsitzender wurde Sonntag, Revisorin Solbrig und Lindner. Den Kernpunkt der Diskussion bildete die Laubheit der organisierten und vor allen Dingen der unorganisierten Kartonnagenarbeiterschaft. Nach all den Andeutungen in den Berichten der „Buchbinder-Zeitung“ ist ja ganz genau zu ersehen, daß die Unternehmer ihr „Miß“ gerade bei den Kartonnagenern versuchen. Anstatt nun diesem Vorgehen durch eine straffe Organisation ein Halt zu bieten, stehen diese Leuten abseits, legen die Hände in den Schoß und wollen seelenvergnügt alles ruhig über sich ergehen lassen. Darum wurde ein Antrag angenommen, am 22. Februar, 1/6 Uhr abends, in der „Flotte“ wieder eine Agitationsversammlung abzuhalten, in der Kollege Miering, Chemnitz, das Referat übernommen hat. Kollegen und Kolleginnen, rüttelt die Saumseligen auf, agitiert für den Verband und sorgt für restloses Erscheinen aller Berufungsberechtigten in dieser für alle hochwichtigen Versammlung.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Unsere am 9. Februar stattgefundene Jahresgeneralversammlung nahm zunächst den Geschäftsbericht entgegen. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Wirtschaftskrise auch auf unserer Mitgliedschaft außerordentlich schwer lastet. Während wir in der ersten Hälfte des abgelaufenen Geschäftsjahres noch eine sehr gute Geschäftskonjunktur zu verzeichnen hatten, ja sogar in dieser Zeit ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden war, schlug das zweite Halbjahr gerade in das Gegenteil um, so daß wir zurzeit mit einer völligen Arbeitslosigkeit von zirka 25 Proz. unserer Mitglieder zu rechnen haben. Dazu kommen noch eine große Anzahl von Kurzarbeitenden oder, wie das geistige Wort jetzt heißt, von „Wertsbeurteilten“. Unsere Zahlstelle hat noch nie einen derartig hohen Arbeitslosenstand zu verzeichnen gehabt wie augenblicklich. Würzberger führte den Anwesenden kurz die Ursache dieser katastrophalen Krise vor Augen. Auch bei uns in Frankfurt versuchen einzelne Unternehmer nicht allein die bisher gehaltenen Qualitätszulagen abzubauen, sondern sie gehen auch dazu über, bei etwaigen Neueinstellungen den Betreffenden den „Apl“-Lohn anzubieten. Der Referent machte dann noch Mitteilung von dem Ablauf des von den Prinzipalen geforderten Hilfsarbeiterenttarifs, der Vertäglichung des Buchdruckerenttarifs bis zum 31. Mai und schloß seine interessanten Ausführungen mit dem dringenden Appell an die Mitglieder, in der jetzigen schweren Zeit wirtschaftlicher Nöte die Augen offen zu halten, damit wir nicht allein unsere jetzige mit Mühe und Arbeit errungene Position in tariflicher Hinsicht behaupten, sondern auch nach dieser fürchterlichen Zeit, der ja wieder eine bessere folgen muß, in der Lage sind, einig und geschlossen unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Die anschließende Diskussion bewegte sich in gleichem Sinne und wurde es allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht, alle Tarifverfehlungen sofort der Verwaltung zu melden, damit diese dann den Kollegen und Kolleginnen zu ihrem Rechte verhelfen kann.

Unser Mitgliederstand beläuft sich am Schlusse des Geschäftsjahres auf 430 männliche und 832 weibliche, also insgesamt auf 1262 Mitglieder, ist also ziemlich stabil geblieben. Die Verbandskasse weist eine Einnahme von 11 228 M. auf, der eine Ausgabe von 12 172 M. gegenübersteht. Davon wurden mehr als die Hälfte für Unterstufungen ausgezahlt, eine Summe, die seit Menschengedenken noch niemals hier am Ort zur Auszahlung kam. Den Einnahmen unserer Lokalkasse von 7067 M. steht eine Ausgabe von 2331 Mark gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 4736 Mark gebucht werden kann.

Die darauf folgende Vorstandswahl ging glatt vonstatten, da die Mitglieder von der Einsicht befeßt waren, daß jeder seinen Mann in dieser schwierigen Zeit zu stellen habe. Die bisherigen Vorstandsmitglieder Ortloff, Mey, Würzberger, Kauslich, Helmking, Weber, Hauslein und Kollegin Böbel wurden wieder für die auscheidenden Kollegen Dorbit und Burkard die Kollegen Grieb und Raufsch gewählt. Der Vorsitzende Ortloff konnte feststellen, daß das Zusammenarbeiten im seitherigen Vorstand wie auch mit den übrigen Funktionären ein gutes gewesen ist, das gleiche auch fernerhin erhoffend.

Dann entspann sich nochmals eine längere Debatte über die Gehaltsfrage unserer Angestellten, da die Redaktion unserer Zeitung einen Bericht unserer letzten Vertrauenspersonensitzung abgelehnt hatte mit dem Hinweis darauf, daß Mitte März der Verbandsbeirat endgültig über diese Angelegenheit entscheiden werde. Die Versammlung verurteilte diese Ablehnung

und brachte das in einer Entschliessung zum Ausdruck. Windolph besprach alsdann noch die ungewohnte Wichtigkeit unserer hiesigen Berufsschule und machte auf die Gefahren aufmerksam, die ihr durch ihre Gegner drohen. Er wie auch Kollege König, welcher seine Erfahrungen als Schüler vortrug und dabei sehr wertvolle Anregungen gab, hoffen, daß im kommenden Semester eine viel größere Anzahl von Lernenden vorhanden sein möge. Ortloff machte auf den bevorstehenden Selbstentscheid aufmerksam, dabei dessen Wichtigkeit hervorhebend, ermunterte die Anwesenden zur regen Mitarbeit, nicht nur allein bei gemeinschaftlichen Angelegenheiten, sondern auch bei politischen und nicht zu vergessen auch auf genossenschaftlichem Gebiete und schließt die vom besten Geiste befeelte Versammlung. R. K.

(Zu diesem Bericht haben wir zu sagen, daß die öffentliche Behandlung der Gehaltsfrage für die „B. Z.“ erledigt sein muß, nachdem der Verbandsvorstand beschloßen hat, den Beirat zum Zwecke der Regelung der Sache für die alternächste Zeit einzuberufen. D. Red.)

Kassel. Unsere Generalversammlung war leider nur schwach besucht. Der Mitgliederbestand beträgt 108 männliche und 98 weibliche. Bahmann gab den Kassenbericht. Er weist besonders darauf hin, daß unsere Lokalkasse sich wieder ganz gut erholt hat. Die Einnahmen derselben betragen 1601,20 M., die Ausgaben 1249,20 M. Er ermahnt die Wertstufenkassierer, jede Woche das vereinnahmte Geld abzuliefern, da wir jetzt sehr viel Arbeitslosenunterstützung ausgeben müssen. Die jetzige Verwaltung wurde wiedergewählt. Berrard stellte den Antrag, eine Bibliothek mit Fach- und Gewerkschaftsliteratur einzurichten. Dem wurde zugestimmt. Kröber gab sodann einen Bericht über die Lohnbewegung bei Grünbaum. Die Arbeiterinnen dieses Betriebes finden den Verband leider nur, wenn sie eine Lohnzulage haben wollen. Zum Schluß hat der Vorsitzende, die Versammlungen besser als bisher zu besuchen.

Köln. Wer losse nit zum Fasteleer! (Wir lassen nicht vom Karneval!) Das ist gegenwärtig die Grundstimmung in Köln. Mit Begehmen durchbricht diese alle Dämme und zieht Hunderttausende in ihren Bann. Trotz mehr denn 60 000 Arbeiterlosen! Trotz Not und Elend! Die frohe Lebenslust und der leichte Sinn des Kölners sind nicht tot zu kriegen. Unter solchen Umständen war es gewagt, eine Woche vor den eigentlichen Karnevalstagen die Jahresversammlung der Zahlstelle zu Sonntag, den 7. Februar, einzuberufen, an dessen Vorabend Hunderte von Maskenbällen und karnevalistische Sitzungen stattfanden. Der Besuch war über Erwartung gut. Dreger gab einen ausführlichen Bericht über das verfloßene Jahr. Er begrüßte es, daß nunmehr die ganze Kölner Zone von fremder Besatzung frei geworden sei und nunflie an den Ball von Locarno die Hoffnung, daß bald das ganze Rheinland frei werde und eine Wirtschaftskonferenz Ordnung und Plan in die europäische Wirtschaft bringe unter Fortfall der Zollgrenzen. Beim Wiederaufbau haben die „Führer der Wirtschaft“ vollkommen versagt. Die Folgen zeigen sich in der jetzigen Wirtschaftskrise, die auch unseren Beruf in Köln in nie gekannter Weise erlährt hat. Nur äßes Zusammenhalten und gewerkschaftliches Wirken, klares Denken und entschiedenes Handeln könne uns vorwärts bringen. Im einzelnen zeigte er dann ziffernmäßig die Erfolge des Verbandes. Einen großen Wert legte er auch den Bildungsbestrebungen bei und empfahl allen Mitgliedern die eifrige Inanspruchnahme dieser muster-gültigen Einrichtungen in Köln. Im letzten halben Jahr sind zahlreiche Besuche von Arbeitgebern gemacht worden, durch Abbau von Löhnen „Gesparrnisse“ zu erzielen. Diese sind fast immer abgewehrt worden. Erst in der letzten Woche ist es zu einem Streit von 170 Personen wegen Lohnabzug in einer Kartonnagenfabrik gekommen. Nach 1 1/2 Tagen ist der Abzug abgewehrt worden. Die Unterstufungseinrichtungen des Verbandes haben sich gut bewährt und die Beschlüsse des Hamburger Verbandestages sind legerreich gewesen für viele Mitglieder. Dann übte er scharfe Kritik an vielen Mitgliedern über deren unpünktliche Beitragsleistung und über unästhetisches Abrechnen, sowie über das Verhalten gegenüber Unorganisierten und bat um bessere Unterstützung des Verbandes. Insbesondere müssen die Unorganisierten dauernd bearbeitet werden, bis auch der letzte für den Verband und seine Ziele gewonnen sei. Mit einer Schilderung der Mitgliederbewegung und der Kassenverhältnisse schloß Dreger seine Ausführungen.

In der Diskussion wurde dem Vorstand Anerkennung gezollt, insbesondere auch das Arbeitslosenproblem und die Agitation behandelt. Nur zwei Kollegen übten Kritik aus politischen Motiven. Dem Wunsch nach einer besonderen Versammlung der Arbeitslosen soll entsprochen werden. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt mit der Aenderung, daß Klümm den Vorsitz übernimmt und Eikmann als zweiter Vorsitzender wirkt. Eine Entschliessung gegen die Kürzenabfindung wurde angenommen und dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Am ganzen war die Versammlung ein guter Auftakt für das Jahr 1926.

Leipzig. In unserer Mitgliederversammlung vom 28. Januar referierte Herr Prof. Dr. Hermsberg über „Die wirtschaftliche Lage Deutschlands“. Sein interessanter sowie lehrreicher Vortrag hatte die größte Aufmerksamkeit der Anwesenden hervorgerufen. Das zerrüttete Wirtschaftsleben äußere sich vor allen Dingen in der großen Zahl der Arbeitslosen, die zurzeit 3 1/2 Millionen betrage. Abflachung sei besonders auf dem Gebiete Kohle und Eisen bemerkbar. Drei Viertel der Eisenproduktion werde in Deutschland nur verarbeitet. Kohle und Eisen haben die Friedensproduktion überstiegen. Die Exportfähigkeit leide nicht an den „hohen“ Löhnen der Arbeiter und der kurzen Arbeitszeit, an öffentlichen Ausgaben, sozialer Mehrbelastung und höheren Frachten, sondern das seien nur Argumente der Unternehmer, aus denen sie die unmögliche Wirtschaftsführung folgern. Gewiß liege eine kleine Mehrbelastung gegenüber der Vorkriegszeit vor, die aber durch das Entlastungskonto der Löhne ausgeglichen wird. Es stehe fest, daß der deutsche Arbeitslohn pro Stunde für einen gelernten 30 Pf. und für einen ungelerten 20 Pf. niedriger ist als der Lohn des ausländischen Arbeiters. Als Ursache der Konkurrenzfähigkeit wurde die Vernachlässigung des technischen Produktionsapparates, organisatorische Rückständigkeit und hohe Zinsbelastung bezeichnet. Daraus wurde gefolgert, daß die Unternehmer selbst die größte Schuld an der heutigen Krise haben. Durch Nebeneinanderarbeiten vieler kleiner Wirtschaften bestehe keine Einheit in der deutschen Wirtschaft. Dadurch ist die Gesamtentwicklung zurückgefallen. Die Wirtschaft frantke besonders an den vielen nicht kreditfähigen Produzenten.

Dazu kommen die handelspolitischen Maßnahmen, die den Zustand verschärfen und verschleppen. Monopolisierung, Vertustung, Kartellierung und Schutz Zoll verließen die deutsche Wirtschaft. Dem ungerechtfertigten Herabsetzen des Lohnes müsse der schärfste Lohnkampf entgegengekehrt werden. Ein Lohnabbau bedeute sich einfügen in die bestehenden Verhältnisse. Lohnsteigerung, dem Friedenslohn näherzukommen, trage wohl eine Verschärfung der Krise in sich, aber sei auch der einzige Weg zur Hebung der Wirtschaft. Zum Schluß streift Dr. Hermsberg die Demokratisierung der Wirtschaft, hebt den Ausbau des Betriebsrätegesetzes hervor, was zur Betriebsdemokratie führen soll, um so durch Erwerbswirtschaft zur Bedarfswirtschaft überzugehen. Reicher Beifall lohnte seinen Vortrag. Eine Reihe Diskussionen reisen gingen auf den Vortrag ein und hoben besonders die Unfähigkeit des kapitalistischen Betriebes und deren Führung hervor.

Zum zweiten Punkt: „Bericht über stattgefundene Lohnverhandlungen“, führt Hoffner aus, daß die Verhandlungen im Zeichen des Lohnabbaues gestanden und daß die Unternehmer diesen Standpunkt hartnäckig vertreten haben. Das bestehende Lohnabkommen in der Kartonnagenbranche sei bis 31. Mai verlängert worden. In der Lugsbranche sind die Verhandlungen resultatlos abgebrochen worden und in der Eisbranche besteht kein Reichstark mehr. Hehe berichtet über die Verhandlungen mit dem W.B. und „Api“. Auf Grund der gestiegenen Lebens- und Bedarfsartikel sei eine 10pro. Lohnhöhung gefordert worden. Dieser Forderung stand ebenfalls Lohnabbau gegenüber; den Fertigmachern sollen 5 Proz. bei größeren Partien abgezogen werden. Die Fertigmacher am Ort haben dazu Stellung genommen und dieses Ansinnen abgelehnt. Hehe geißelt das unverständliche Verhalten der Akkordarbeiter in bezug auf die Lohnstatistiken. Nicht Neugierde, was einer verdient, ist das Motiv, sondern es ist unbedingt notwendig, wahrheitsgetreue Unterlagen zu schaffen, wenn später die einzelnen Gruppen auf Grund ihrer Rückständigkeit nicht unter den Schlitten kommen wollen, da die Unternehmer immer mit den angeblich hohen Verdiensten operieren.

Dann wurde der Antrag auf Abberufung des Kartellvorsitzenden abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die sich einmütig auf den Standpunkt des von den Arbeiterparteien und Gewerkschaften ausgearbeiteten Gehehtwurfs betreffend Fürstenabfindung stellte. Die Verammelten betonten ausdrücklich, daß die Entlohnung ohne Entschädigung durchgeführt werden muß, sie wollen sich dafür einlegen, daß zum Volkentscheid regste Propaganda im Sinne des Entwurfs getrieben wird.

Stuttgart. In unserer Generalversammlung vom 8. Februar wurde zuerst im Jahre 1925 Verstorbene gedacht. Hierauf gedachte Drehwald derjenigen Mitglieder, die im Jahre 1925 auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft in unserm Verband zurückblicken konnten. Eine stattliche Anzahl war es, darunter 7 Kolleginnen, die trotz aller Widerwärtigkeiten früherer Jahre dem Gedanken der Organisations treu geblieben sind und als vorbildliches Beispiel der jungen Kollegenschaft vor Augen geführt werden konnten. Drehwald beglückwünschte die Jubilare im Namen des Verbandsvorstandes und der Geschäftsstelle und überreichte ihnen das vom Verbandsvorstand gestiftete Diplom. Die Namen der Jubilare sind folgende: Ernestine Bachhofer, Rosa Giani, Pauline

Krummlauf, Berta Maß, Anna Spröhne, Maria Scheuerle, Berta Weiß, Wilhelm Bauer, Jakob Binder, Karl Erdmann, Rudolf Frank, Sebastian Frank, Paul Gähle, Julius Höpfinger, Ernst Keller, Ernst Wöfler, Alfred Luthardt, Georg Sellmer, Friedrich Sommer, Otto Schimpf, Otto Staiber, Otto Ziegler, Franz Zitzhau. Nach der Ansprache sang der Buchbinder-Männerchor „Empor zum Licht“. Kollege Sellmer dankte im Namen der Jubilare für Begrüßung und Ehrung.

Dann erstattete Drehwald den Geschäfts- und Kassenbericht. Am Schluß seiner längeren Darlegung konnte er konstatieren, daß die gewerkschaftliche Arbeit innerhalb der Zahlstelle im verflochtenen Jahre sich wieder in normalen Bahnen bewegt hat, so daß ein erprobliches Arbeiten festgestellt werden kann und die Kollegenschaft auch wieder den Wert der Organisation bemerken konnte. Auch in der Ortsverwaltung wurden in einträglicher Zusammenarbeit die Interessen der Kollegenschaft vertreten.

Aus dem Kassenbericht der Lokalkasse wurde konstatiert, daß das Lokaloermögen, trotz verschiedener größerer Ausgaben im verflochtenen Jahre, auf 3368,59 Mark angewachsen ist. Die Mitgliederzahl beträgt 1900, darunter 1100 Kolleginnen. Invalidentunterstützung beziehen gegenwärtig 16 Kollegen. Die Disziplin der Mitglieder seit dem Hamburger Verbandstag ist besonders in der Beitragszahlung eine wesentliche bessere geworden, was durch die verkauften Beiträge in den einzelnen Beitragsklassen festzustellen ist. Trotzdem müßte auch in dieser Beziehung noch manches weiter besser werden, hauptsächlich wieder bei den Mitgliedern der Kartonnagen- und Papierwareindustrie. Mit einem Appell an die Mitglieder zur allgemeinen Mitarbeit an der Organisationsarbeit und mit herzlichem Dank an alle Funktionäre, die im letzten Jahr auf ihrem Posten waren, schloß Drehwald seinen Bericht.

In der Diskussion wurden von Bläke verschiedene Ausgabeposten beanstandet und der Wunsch ausgesprochen, die Lokalkasse möge sich der ausgeteuerten Kollegen, die es wohl bald geben würde, annehmen. Schlienz bemängelte einige Maßnahmen der Ortsverwaltung sowie auch den neugeschaffenen Akkordtarif. Er betonte ferner, wenn das mangelnde Interesse der Mitglieder und Nichtmitglieder beseitigt werden soll, daß dann die vollzogenen Ausschüsse zurückgenommen werden müssen. Dann brachte er folgende Entschließung ein:

„Die Krise der deutschen Wirtschaft lastet mit drückender Wucht auf der deutschen Arbeiterklasse. Millionen sind arbeitslos, Millionen arbeiten verfürzt und sind der bittersten Not ausgeliefert. Angesichts dieser Not wagen es die gewissenlosen deutschen Fürsten, zu der schon geraubten Vermögen neue, in die Milliarden gehende Forderungen für sich und ihre Mätressen zu stellen. Es ist Pflicht der Arbeiterklasse, in den Gewerkschaften und Arbeiterparteien den schärfsten Kampf gegen diese unverschämten Forderungen zu führen. Deshalb begrüßt die Generalversammlung das Zustandekommen des einheitlichen Gehehtwurfs, wie er von der SPD. und der SPD. zum Volkentscheid vorgelegt wurde. Alle Mitglieder des Verbandes

sind verpflichtet, alles daran zu setzen, um dem Volkentscheid zum Siege zu verhelfen.“

Döbeling ging auf die Jugendfrage ein und erstattete einen Bericht über eine Betsprechung mit den Arbeitgebern und der Direktion der Stuttgarter Gewerkschule zwecks Einrichtung eines Berufsausschusses zur besseren beruflichen Ausbildung der Lehrlinge. Er erludt, den dazu zu bildenden Fachauschuß mit geeigneten Personen zu besetzen, damit aus der Sache etwas geeignetes für die Jugend herauskomme. Gegen die Entschließung des Kollegen Schlienz, die ursprünglich den Satz enthielt: „zur Durchführung des Volkentscheids fordert die Generalversammlung die Bildung von Einheitskomitees“, der vom Antragsteller aber mittlerweile zurückgezogen war, verwarhte er sich.

Bauer wandte sich gegen die Ausführungen des Kollegen Bläke. Die Resolution betr. der Fürstenabfindung wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag der Ortsverwaltung beschäftigte sich mit der zukünftigen Feier zur Ehrung der nun immer zahlreicher werdenden Jubilare, die aus Zweckmäßigkeitsgründen im Herbst anlässlich der Feier des „Guten Montags“ stattfinden soll. Dem wurde zugestimmt. Desgleichen einem Antrag, nach dem die Wahl zur Ortsverwaltung nicht mehr durch Urwahl, sondern in der jährlichen Generalversammlung stattfinden soll. Dann wurde ein Antrag angenommen, die seitherigen Mitglieder der Ortsverwaltung per Akklamation wiederzuwählen. Zur Ergänzung für zwei auscheidende Mitglieder wurden Kollenfranz und Schuhmacher gewählt. Aus dem Kreise der Ortsverwaltungsmittglieder wurde Seeg zum Schriftführer bestimmt. Nach Erledigung einiger sonstiger Angelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Inhaltsverzeichnis.

- Freie Bahn dem Tüchtigen. I. Entschcheidungen zu unseren Reichstarkverträgen: „Api“-Bertrag.
- Die die Aufsucht der Gelben in Brieg vor sich ging. Rätel zum Volksbegehren! Der Bundesauschuß des ADGB. Schwarzarbeiter.
- Die Schuld der Meister. Winke zur Herstellung von Durchschreibebüchern. Die deutsche Spielkartenindustrie. Wer macht falsche Statistiken? Sinnprüche.
- Zur Unterhaltung: Die beste Sparkasse (Gebicht). — Heimgelehrter (Erzählung). — Film, Radio und Gewerkschaften. — Heiratszwang bei den alten Zünften. — Der Trunksuchtmittelgeschwindel.
- Rationalisierung und Lohnhöhe. Kurfus für künstlerischen Bucheinband.
- Berichte: Burgstädt — Frankfurt a. M. — Kassel — Köln — Leipzig — Stuttgart.
- Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Einsetzung von Verbandsgeldern. — Zuschüsse aus der Verbandskasse. — Warnung (Zach). — Ausschluß (Train). — Abrechnungen. — Adressenänderungen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einsetzung der Verbandsgelder. Da infolge der in vielen Orten jetzt erforderlichen hohen Unterstützungsausgaben an die Verbandstasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt nötig, alle überschüssigen Verbandsgelder immer sofort an die Verbandstasse einzufenden.
2. Zuschüsse aus der Verbandskasse. Bei Anträgen um Zuwendung von Zuschüssen aus der Verbandstasse sind die dafür bestimmten Antragsformulare zu benutzen unter Beachtung der im Handbuch auf Seite 96 gegebenen Anweisungen. Die Gesuche um Zuschüsse müssen vom Bevollmächtigten und Kassierer gemeinsam gestellt werden. Dabei ist anzugeben, warum der Zuschuß benötigt wird, sowie wie hoch die Einnahme und Ausgabe des laufenden Quartals und der am Ort vorhandene Kassenbestand ist. Anträge, die diese Angaben nicht enthalten, können nicht berücksichtigt werden.
3. Der Kollege Mag Zach, geb. 29. September 1886 in Glauchau i. Sa., den wir durch unsere Bekanntmachung in Nr. 2 der „Buchb.-Ztg.“ um Einsetzung seines Mitgliedsbuches ersucht haben, hat dieser Aufforderung nicht entsprochen; er hat aber inzwischen wieder bei mehreren Zahlstellen vorgesprochen und hat die Kassierer durch allerhand unwahrscheinlich klingende Angaben über den Verbleib seines Mitgliedsbuches zur Hergabe totaler Unterstützungen zu veranlassen gesucht. Da anzunehmen ist, daß Kollege Zach gar nicht mehr Verbands-

mitglied ist, empfehlen wir den örtlichen Unterstützungsauszahlern, auf ihn zu achten und die Hergabe weiterer Unterstützungen abzulehnen.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts wurde in Berlin der Buchbinder Oskar Train, geb. 17. Dezember 1881 in Berlin (B.-Nr. 180 198).

Abrechnungen

vom 4. Quartal 1925 gingen weiter bis zum 16. Februar 1926 bei der Verbandskasse ein von: Rostock 261,45 M., Minden 151,60 M., Remscheid 100,60 M., Wiesdorf 100 M., Darmstadt 700 M., Halle 1150 M., Schlez 500 M., Stadroda 69,05 M., Glauchau 310 M., Nerchau 500 M., München 5630,90 M.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolp, Bünde i. W., Göttingen, Dülmen, Münster, Cleve, Koblenz, Trier, Sieben-Wethlar, Saarbrücken, Mühlhausen, Zenaßtedt, Weiskensels, Reichenbach, Sebnitz, Zwidau, Regensburg, Schweinfurt, Gau Söbavaren.

Adressenveränderungen.

B. = Bevollmächtigter; K. = Kassierer. Potsdam-Nowames. B.: E. Sieg, Potsdam, Auguststr. 24; K.: K. Bauer, Potsdam, Berliner Straße 1.

Der Verbandsvorstand.